



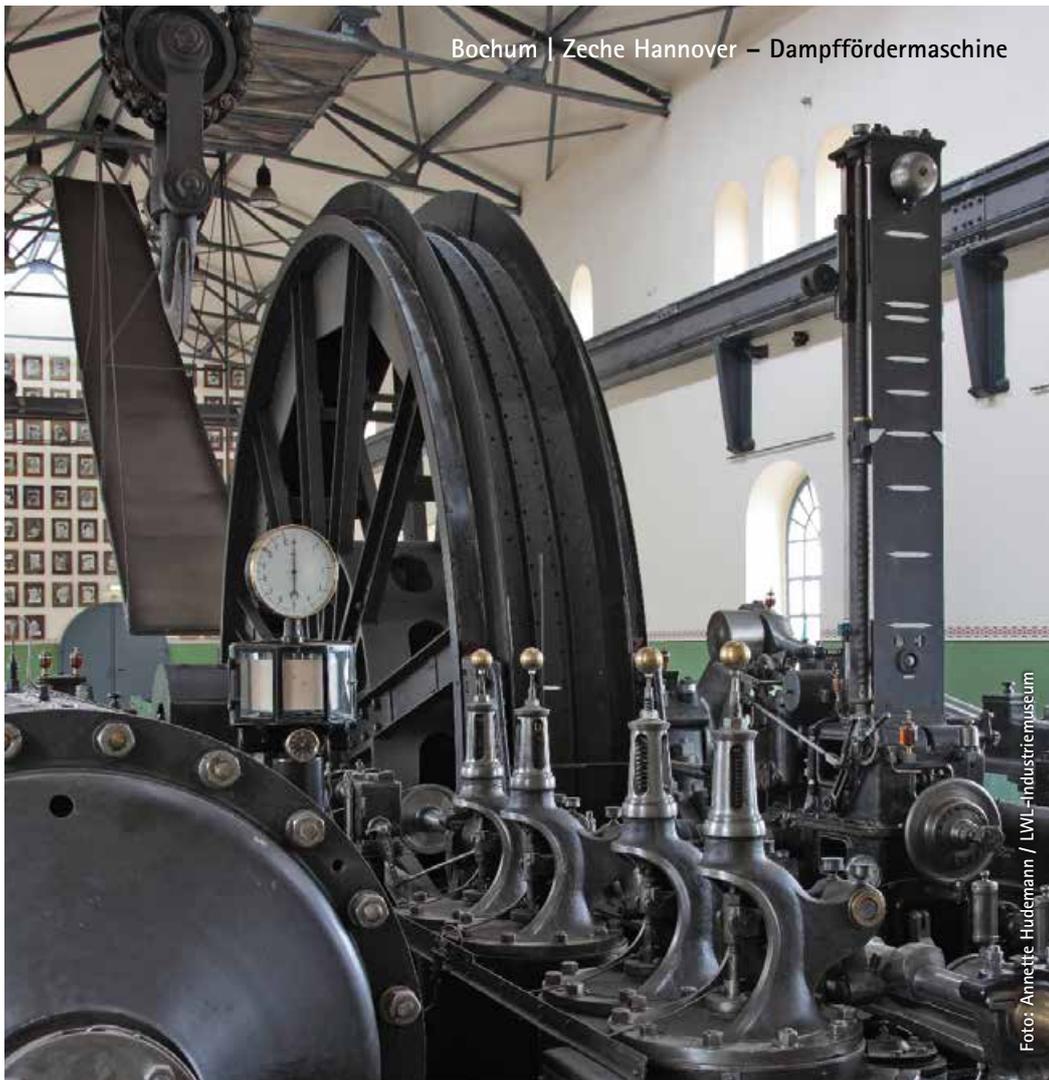
VERSORGUNGSWERK!

Zahnärztekammer Westfalen-Lippe
Körperschaft des öffentlichen Rechts

2015

J A H R E S A B S C H L U S S

Geschäftsbericht
Jahresabschluss 2015



Inhaltsverzeichnis

■ ■ ■ A. Rechtsgrundlage	04
■ ■ ■ B. Aufsichtsbehörde	04
■ ■ ■ C. Verwaltungsorgane	
1. Aufsichtsrat	05
2. Verwaltungsrat	06
■ ■ ■ D. Bericht der Verwaltung	
1. Organisation	07
2. Mitgliederbewegung	08
3. Beitragsentwicklung	10
4. Versorgungsempfänger und Versorgungsleistungen	12
5. Kapitalanlagen	14
6. Zufluss aus Kapitalanlagen	15
7. Personalstand und Verwaltungskosten	16
8. Zusammenfassung	17
■ ■ ■ E. Jahresbilanz zum 31. Dezember 2015	18-19
■ ■ ■ F. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015	20-21
■ ■ ■ G. Risikobericht und Ausblick	22-23

A. Rechtsgrundlage

B. Aufsichtsbehörde

■■■ Rechtsgrundlage

Das Versorgungswerk der Zahnärztekammer Westfalen-Lippe (VZWL) wurde gegründet, um allen Kammerangehörigen und ihren Familien einen Rechtsanspruch auf Versorgungsleistungen im Alter, im Todesfall und bei Berufsunfähigkeit zu gewähren.

Grundlage ist das Gesetz über die Kammern, die Berufsausübung, die Weiterbildung und die Berufgerichtsbarkeit der Ärzte, Apotheker, Tierärzte und Zahnärzte (Heilberufsgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Mai 2000, zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. April 2013.

In § 6 a Abs. 1 dieses Gesetzes heißt es:

„Die Kammern haben durch besondere Satzung mit Genehmigung der in § 3 Abs. 1 Versicherungsaufsichtsgesetz NRW bestimmten Aufsichtsbehörde Versorgungseinrichtungen für die Kammerangehörigen und ihre Familienmitglieder zu schaffen.“

■■■ Aufsichtsbehörde

Aufsichtsbehörde für die allgemeine Körperschaftsaufsicht sowie die besondere Körperschaftsaufsicht (Versicherungsaufsicht) ist das Finanzministerium des Landes NRW.

Die Kammerversammlung – als oberstes Organ des Versorgungswerkes – hat die erste Satzung des Versorgungswerkes am 16. Februar 1957 beschlossen, die am 17. April 1957 von der Aufsichtsbehörde genehmigt wurde.

Im Berichtszeitraum gilt die Satzung des Versorgungswerkes in der Fassung vom 26. November 2004, die durch Beschluss der Kammerversammlung vom 20. Mai 2006, 8. Dezember 2007, 15. Mai 2009, 20. November 2010, 19. November 2011, 16. November 2012, 23. November 2013 und 30. Mai 2015 geändert wurde.





■ ■ ■ 1. *Aufsichtsrat*

Mitglieder:

Präsident Dr. Klaus Bartling, Dortmund

– Vorsitzender –

Vizepräsident Jost Rieckesmann, Bielefeld

– stellvertr. Vorsitzender –

Dr. Helmut Kurz, Münster

Dr. Franz Schaltenberg, Meschede

Dr. Markus Voß, Senden

Rüdiger Winkelmann, Espelkamp

Michael Prossliner, Pulheim

– juristischer Sachverständiger –

Stellvertreter:

Dr. Petra Brauckmann, Münster

Dr. Jürgen Roßbach, Lünen

Dr. Michael Sonntag, Recklinghausen

Der Aufsichtsrat hat während des Berichtsjahres die ihm nach Satzung und Gesetz obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Es fanden drei Sitzungen statt, in denen der Aufsichtsrat durch mündliche Berichte des Verwaltungsrates eingehend über die Geschäftswicklung des Versorgungswerkes unterrichtet wurde. Darüber hinaus wurde er durch die Niederschriften über die Sitzungen des Verwaltungsrates und durch die Kennzahlen des Versorgungswerkes über den jeweiligen aktuellen Stand informiert.

Die vom Aufsichtsrat mit der Prüfung des Jahresabschlusses beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BANSBACH GmbH, Dresden, stellte fest, dass der Rechnungsabschluss 2015 den gesetzlichen Vorschriften und der Satzung entspricht und zu keinen Beanstandungen Anlass gibt. Der ausführliche Bericht kann nach Absprache bei der Geschäftsstelle des Versorgungswerkes eingesehen werden.

Hattingen | Henrichshütte – Hochofen



Foto: Annette Hudemann / LWL-Industriemuseum

C. Verwaltungorgane

■■■ 2. Verwaltungsrat

Mitglieder:

Dr. Ursula von Schönberg, Barntrup

– Vorsitzende –

Dr. Norbert Gelleschun, Gelsenkirchen

Dr. Bernd Stuhldreier, Werdohl

Dr. Helmut Roth, Münster

– Hauptgeschäftsführer –

Jörg Mengerhausen, Münster

– Geschäftsführer –

Stellvertreter:

Dr. Hans-Werner Alterauge, Castrop-Rauxel

Dr. Detlev Buss, Borken

Dr. Ulrich Goos, Paderborn

Sachverständige:

Ulrich Sommer, Düsseldorf

– Sachverständiger für Investmentfragen –

Dr. med. Ulrich Heine, Münster

– medizinischer Sachverständiger –

Dr. Ekkehard Krause, Berlin

– versicherungsmath. Sachverständiger –

Im Berichtszeitraum fanden elf Sitzungen des Verwaltungsrates statt. Darüber hinaus wurde die Anlagepolitik der Individual-Fonds des VZWL in zwei, alle Einzelsegmente umfassenden, Anlageausschusssitzungen überprüft und festgelegt. Das Immobilienengagement wurde im Rahmen einer weiteren gesonderten Sitzung umfassend dargestellt.

Der Verwaltungsrat führte die laufenden Geschäfte im Rahmen der Satzung und beschäftigte sich insbesondere mit der Anlage der zugeflossenen Geldmittel. Durch die Entsendung von Frau Dr. von Schönberg in den Finanzausschuss und von Herrn Dr. Roth in den Rechtsausschuss der „Arbeitsgemeinschaft Berufsständischer Versorgungseinrichtungen e. V.“ wurden die Interessen des Versorgungswerkes auch überregional vertreten.





■ ■ ■ 1. Organisation

Versicherungsbetrieb *Assessorin Sarah Potthast*

Immobilien *Stephan Brämer*

Wertpapiere *Ulrich Wunderlich*

*Finanz- und
Rechnungswesen* *Renate Mersmann*

Bochum-Dahlhausen | Eisenbahnmuseum Bochum – Drehscheibe



Foto: Stiftung Eisenbahnmuseum Bochum

D. Bericht der Verwaltung

■ ■ ■ 2. Mitgliederbewegung

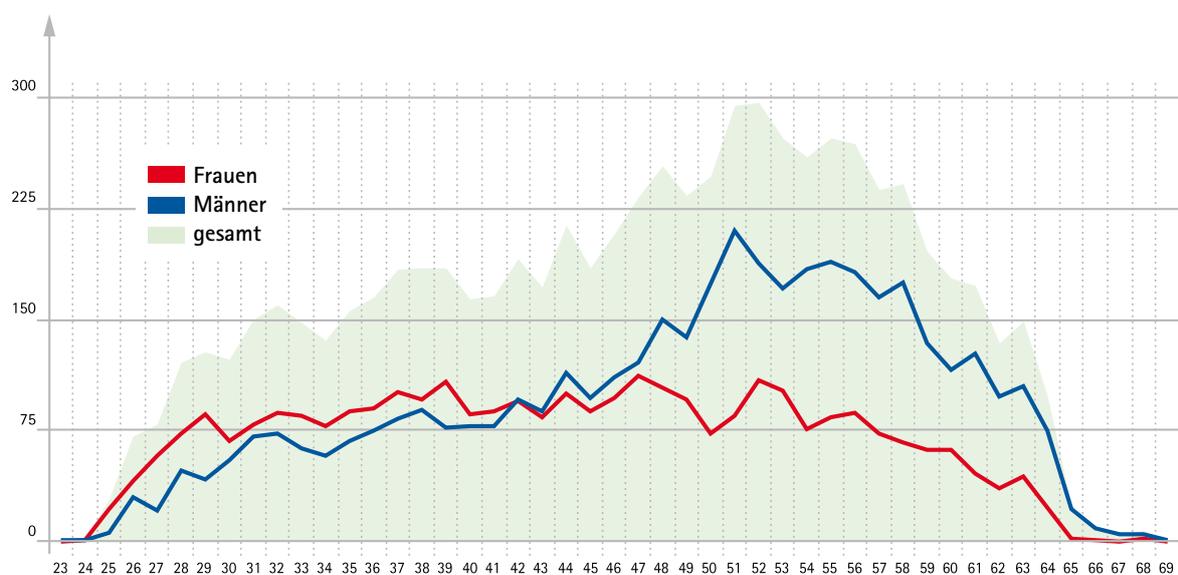
Die Entwicklung des Mitgliederbestandes war auch im Jahr 2015 positiv und setzt den Trend der Vorjahre fort.

Der Mitgliederbestand des Versorgungswerkes hat sich wie folgt entwickelt:	2015 Personen	2014 Personen	2013 Personen
Stand 1. Januar	7.418	7.320	7.217
Zugänge			
Neuerfassungen	227	284	249
Überleitungen	78	70	61
	305	354	310
Abgänge			
Erreichen der Altersgrenze	171	164	144
Tod	8	14	8
Überleitungen	57	60	54
Sonstige	75	18	1
	311	256	207
Stand 31. Dezember	7.412	7.418	7.320
davon			
– beitragsfrei	1.318	1.305	1.009
– hinausgeschobene Anwartschaften	43	23	42
– Versorgungsausgleichsberechtigte	161	141	118



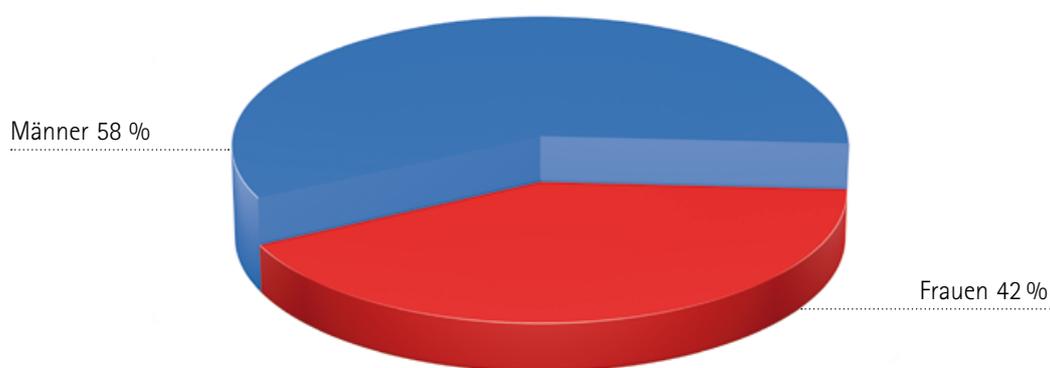
Anwartschaften

Altersaufbau der Anwartschaften 2015



Gesamtanwartschaften

Der Anteil der Frauen ist gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen.



D. Bericht der Verwaltung

3. Beitragsentwicklung

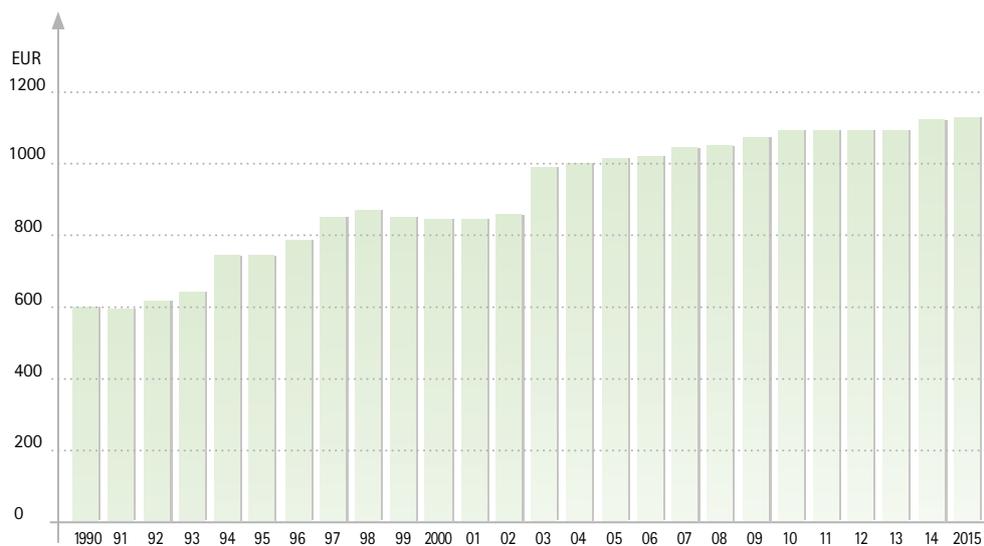
Wie bereits in den Vorjahren ist auch im Jahr 2015 das Beitragsaufkommen erneut gestiegen. Der Anstieg ist dabei sowohl auf einen Zuwachs der Pflicht-

beiträge als auch der freiwilligen Beiträge zurückzuführen.

Die Beitragseinnahmen entwickelten sich wie folgt:

	2015 Mio. EUR	2014 Mio. EUR	2013 Mio. EUR
Pflichtversorgung	75,6	74,3	72,2
Freiwillige Ergänzungsversorgung	4,7	3,8	4,1
Gesamt-Beiträge	80,3	78,1	76,3

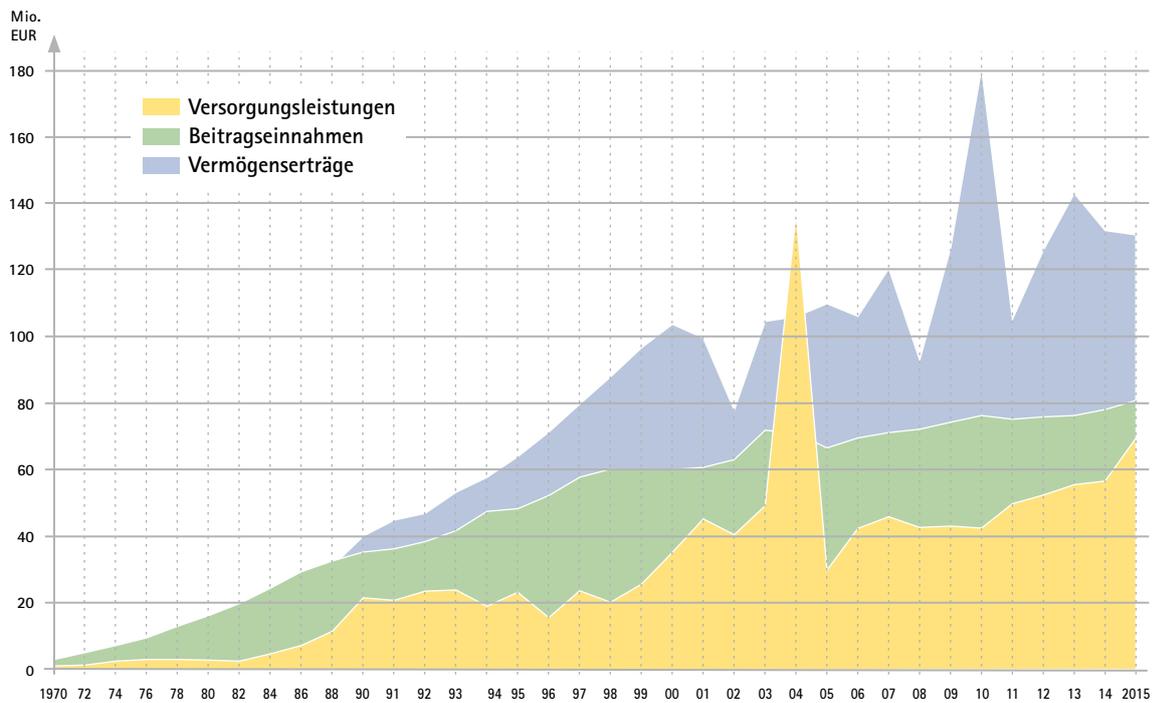
Monatlicher Höchstpflichtbeitrag



Entsprechend der Veränderungen der Beiträge der gesetzlichen Rentenversicherung hat sich auch der Pflichtbeitrag des Versorgungswerkes verändert.



Entwicklung der Beiträge, Versorgungsleistungen und Vermögenserträge des Versorgungswerkes



Trotz der aus der internationalen Vertrauens- und Wirtschaftskrise resultierenden aktuellen Niedrigzinsphase lagen die Vermögenserträge des Versorgungswerkes über den kalkulierten Ansätzen.

Dies ist insbesondere der in der Vergangenheit geschaffenen hohen Risikotragfähigkeit und Stabilität der Kapitalanlage zu verdanken.



Dortmund | Zeche Zollern – Maschinenhalle

Foto: Martin Holtappels / LWL-Industriemuseum

D. Bericht der Verwaltung

4. Versorgungsempfänger und Versorgungsleistungen

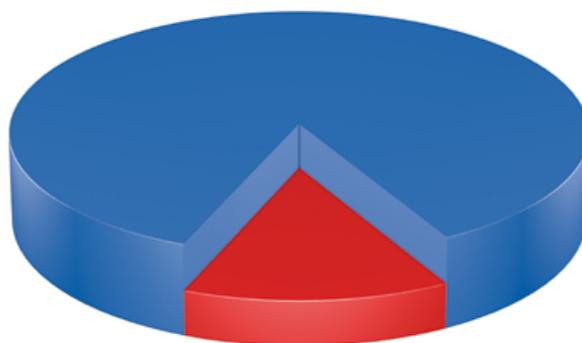
Im Berichtszeitraum sind folgende Versorgungsfälle eingetreten:

Eintritt des Versorgungsfalls wegen:	2015 Anzahl Personen
Tod (vor Endalter 65)	8
Vorverlegung Endalter	70
Endalter 65	101
Gesamt	179

41% der in 2015 erstmalig gewährten Versorgungsleistungen beruhen auf einer Vorverlegung des Endalters. Die vorzeitige Inanspruchnahme der Versorgungsleistungen ist damit auf einem nach wie vor hohen Niveau.

2015 haben 17 Mitglieder den Eintritt des Versorgungsfalls hinausgeschoben.

Fälliger Kapitalanspruch im Jahr 2015 = 92,3 Mio. EUR



davon als Kapitalzahlung abgerufen
12,9 Mio. EUR (~14 %)

Die in 2015 abgerufenen Kapitalleistungen sind gegenüber dem Vorjahr um rund 108% angestiegen.

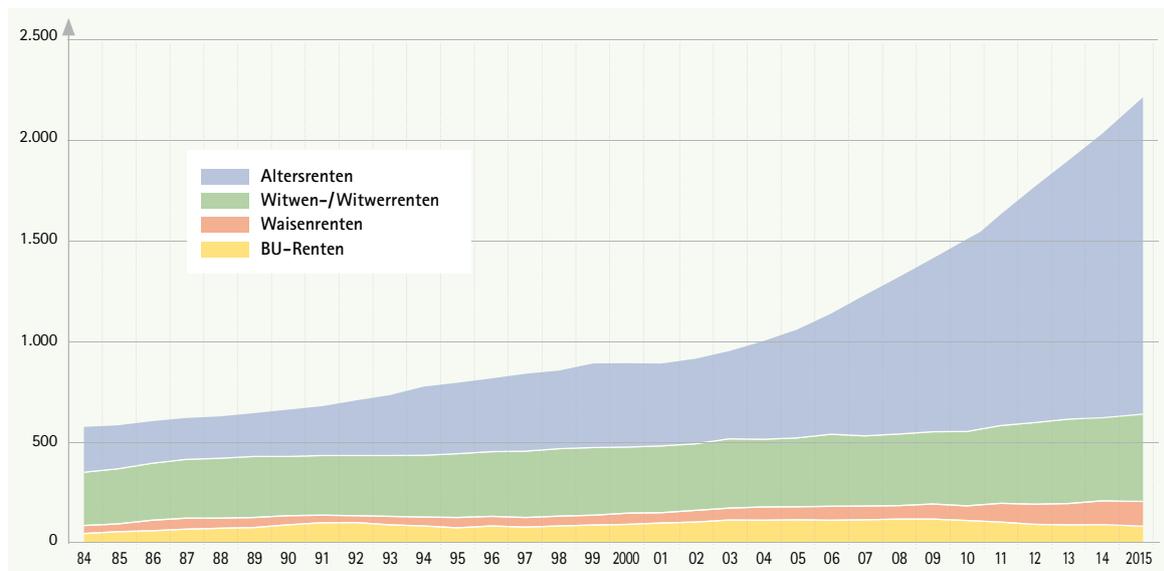
	2015 Mio. EUR	2014 Mio. EUR	Veränderung 2015/2014 Mio. EUR	Veränderung 2015/2014 %
Kapitalleistungen	12,9	6,2	+6,7	+108,1
Alters- und Hinterbliebenenrenten	51,5	45,8	+5,7	+12,4
Berufsunfähigkeitsrenten	3,1	3,4	-0,3	-8,8
Rehabilitationsmaßnahmen	0,02	0,0	0,0	-
Rückvergütungen/Überleitungen	1,2	1,3	-0,1	-7,7
Gesamt-Versorgungsleistungen	68,7	56,7	+12,0	+21,2



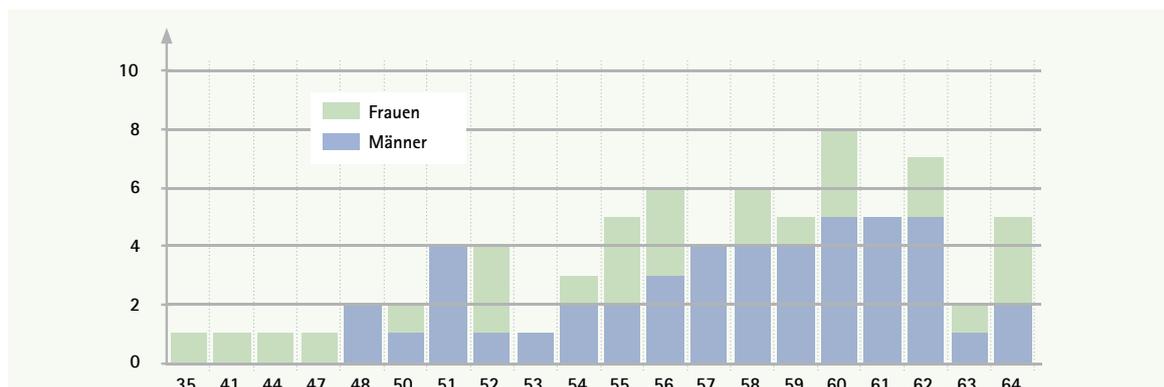
Entwicklung und Struktur der Versorgungsleistungen

	Stand 31.12.2014 Personen	Zugang Personen	Abgang Personen	Stand 31.12.2015 Personen
Altersrenten	1.574	174	48	1.700
Witwen-/Witwerrenten	363	35	20	378
Waisenrenten	104	13	14	103
Berufsunfähigkeitsrenten	80	5	12	73
Gesamt	2.121	227	94	2.254

Bestandsentwicklung Renten (Anzahl Personen)



Altersaufbau der Berufsunfähigkeitsrenten 2015



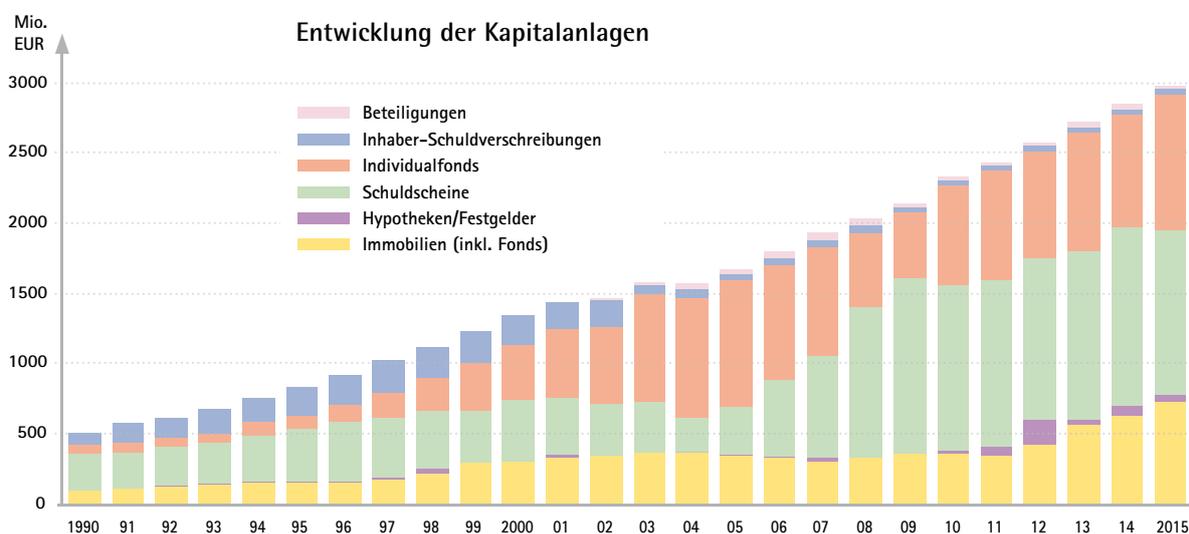
D. Bericht der Verwaltung

5. Kapitalanlagen

Das Geschäftsjahr 2015 wurde – wie auch schon die Vorjahre – durch die Niedrigzinspolitik der Notenbanken geprägt. Auf Grund des niedrigen Zinsniveaus blieben Neuausleihungen zu den rechnungsmäßigen Anforderungen des Versorgungswerkes nur in Ausnahmefällen möglich. Soweit Emittenten bei bestehenden Ausleihungen Kündigungsrechte zustanden, machten sie hiervon Gebrauch. Auch im Bereich der indirekten Anlage verlief die Entwicklung der Zinspapiere negativ. Anders als in den Vorjahren konnten diese Anlagen nicht mehr durch Kurssteigerungen von dem Absinken des Zinsniveaus profitieren. Durch das niedrige Zinsniveau sanken die

Renditeerwartungen für Immobilieninvestments. Für die bestehenden Immobilieninvestments stieg damit deren Stabilität weiter an. Die Risiken für Neuanlagen im Bereich des Immobilieninvestments nahmen vor dem Hintergrund des großen Nachfragedrucks sowie der niedrigen Renditen 2015 abermals zu. Gleichwohl stellt die Immobilie als eine der wenigen Anlageformen noch Renditen in Höhe der rechnungsmäßigen Ansätze des Versorgungswerkes in Aussicht. Die Aktienanlage des Versorgungswerkes entwickelte sich im Geschäftsjahr 2015 sehr volatil. Das insgesamt deutlich positive Ergebnis war wesentliche Grundlage des positiven Renditebeitrages des Masterfonds.

	2012 Mio. EUR	2013 Mio. EUR	2014 Mio. EUR	2015 Mio. EUR	Veränderung 2014/2015 Mio. EUR	Anteil 2015 %
Immobilien (inkl. Fonds)	418,0	554,0	619,5	730,3	+ 110,8	24,5
Beteiligungen	22,2	32,9	45,3	25,5	- 19,8	0,8
Hypotheken	0,4	0,2	0,1	0,1	0,0	0,0
Schuldscheine	1.157,4	1.201,2	1.260,7	1.187,4	- 73,3	39,8
Individualfonds	765,5	838,8	803,6	961,1	+ 157,5	32,2
Inhaber-Schuldversch.	37,4	37,4	37,4	37,4	0,0	1,2
Liquidität/Festgelder	176,0	51,0	86,0	45,0	- 41,0	1,5
Deckungsstock	2.576,9	2.715,5	2.852,6	2.986,8	+ 134,2	100,0





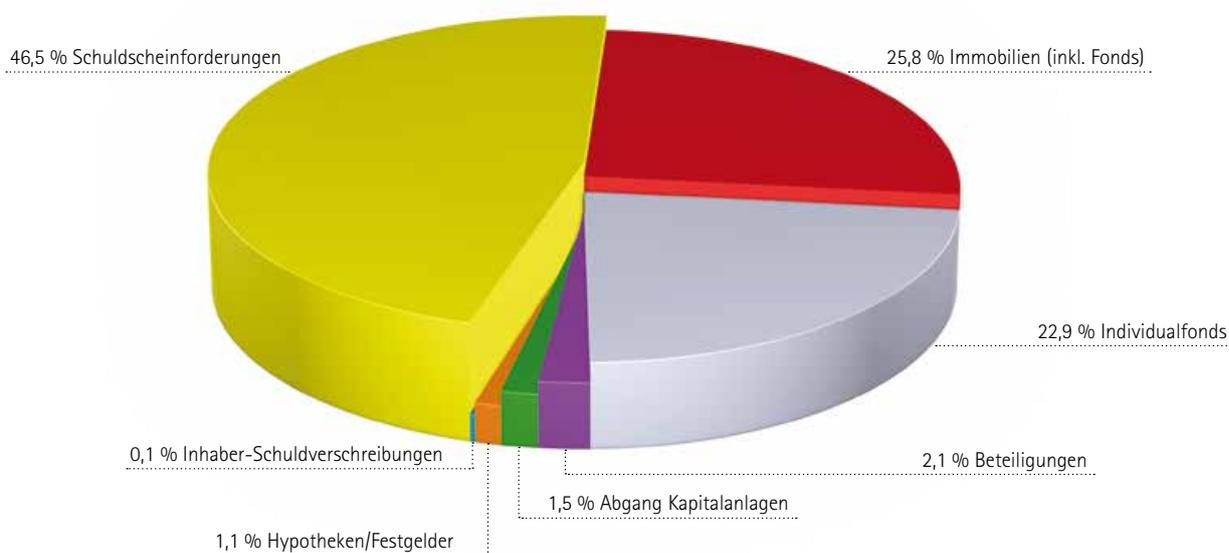
6. Zufluss aus Kapitalanlagen

Der Anteil der einzelnen Anlagearten ergibt sich wie folgt:

	2015 Mio. EUR	2014 Mio. EUR	Veränderung 2014/2015 Mio. EUR	Brutto- Rendite 2015 %
Immobilien (inkl. Fonds)	33,8	27,8	+6,0	5,0
Beteiligungen	2,7	0,8	+1,9	7,6
Schuldscheine	60,8	63,7	-2,9	5,0
Individualfonds	30,0	29,4	+0,6	3,4
Inhaber-Schuldverschreibung	0,1	0,1	0,0	0,3
Hypotheken/Festgelder	1,4	1,5	-0,1	2,1
Abgang von Kapitalanlagen	2,0	8,4	-6,4	
Gesamt-Zufluss	130,8	131,7	-0,9	4,5

Die Netto-Rendite der Kapitalanlagen – berechnet nach Abzug aller Aufwendungen und Abschreibungen und unter Einschluss der Zuflüsse aus dem Abgang von Kapitalanlagen – hat sich von 4,40 % auf 4,18 % vermindert.

Prozentanteil der Anlagearten an den Zuflüssen



D. Bericht der Verwaltung

7. Personalstand und Verwaltungskosten

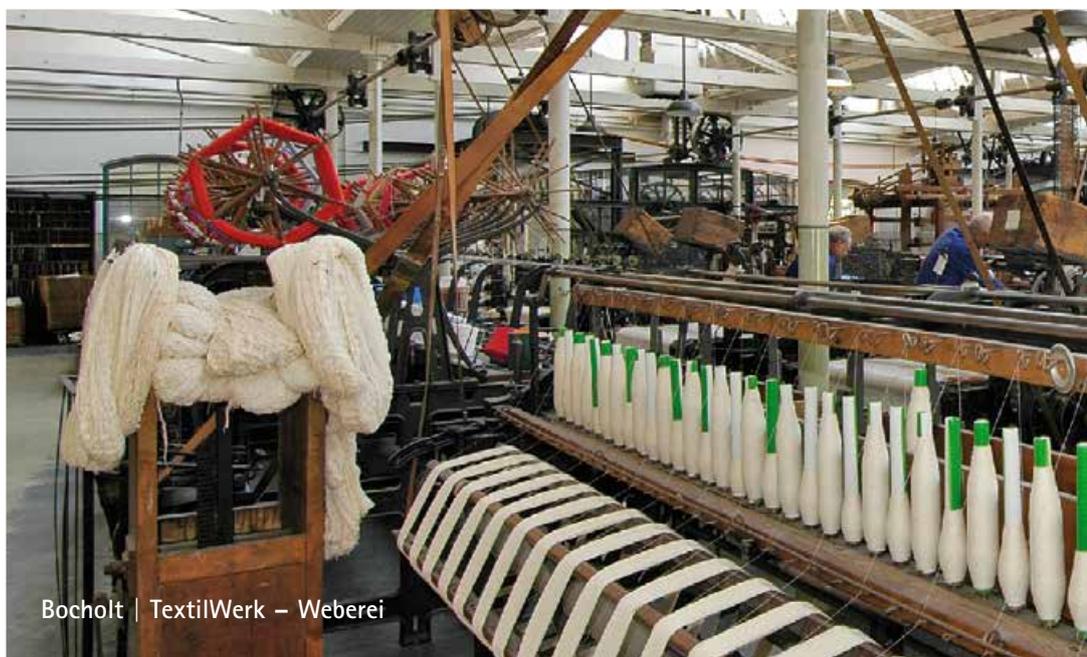
Am 31. Dezember 2015 waren im Versorgungswerk neunzehn Mitarbeiter/-innen beschäftigt, davon fünf in Teilzeit.

Die Verwaltungskosten entwickelten sich im Berichtszeitraum wie folgt:

	2015 TEUR	2014 TEUR
persönliche Aufwendungen	2.697	2.391
davon:		
– Löhne und Gehälter	1.363	1.620
– Rückstellung für tarifgebundene Verpflichtungen	51	93
– soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	240	235
– Aufwendungen für Altersversorgung aktive Mitarbeiter/-innen	87	224
– Aufwendungen für Altersversorgung Rentner/-innen	850	107
– Aufwandsentschädigungen Verwaltungsrat	91	78
– Rückstellung Übergangsgeld Verwaltungsrat	15	34
Sachaufwendungen	1.208	946
sonstige Aufwendungen für das ganze Unternehmen	135	155
./. sonstige Erträge	18	65
Gesamtaufwendungen	4.022	3.427

Trotz rückläufiger Aufwendungen für Löhne und Gehälter stieg der Gesamtaufwand im Jahr 2015 um 12,8 % an. Der Anstieg ist insbesondere auf die Rechnungszinsabsenkung

in der betrieblichen Altersversorgung zurückzuführen. Dabei entfallen 850 TEUR auf Altanwartschaften ehemaliger und 87 TEUR auf aktive Mitarbeiter/-innen.





8. Zusammenfassung

Zusammenfassung der wichtigsten Kenndaten:

	2015	2014
■ Bilanzsumme von	3.021,4 Mio. EUR	2.888,5 Mio. EUR
■ Netto-Rendite nach Abschreibungen von	4,18 %	4,40 %
■ Verwaltungskostensatz bezogen auf die Beiträge	1,81 %	1,58 %
■ Beitragseinnahmen	80,3 Mio. EUR	78,1 Mio. EUR
■ Vermögenseinnahmen	130,8 Mio. EUR	131,7 Mio. EUR
■ Versorgungsleistungen	68,7 Mio. EUR	56,7 Mio. EUR
■ Kaufmännischer Überschuss	131,9 Mio. EUR	154,3 Mio. EUR
■ Brutto-Überschuss nach Veränderung der Deckungsrückstellung	31,5 Mio. EUR	1,1 Mio. EUR



E. Jahresbilanz zum 31. Dezember 2015

Aktivseite	EUR	EUR	EUR	EUR	Vorjahr EUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände					
I. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			0,00		0,00
II. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			1.205.388,00		1.185.505,00
III. Geleistete Anzahlungen			0,00		0,00
				1.205.388,00	1.185.505,00
B. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			54.307.786,00		98.987.217,62
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		55.000,00			27.500,00
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen		0,00			0,00
3. Beteiligungen		25.467.645,47			45.222.978,46
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		0,00	25.522.645,47		0,00
III. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		1.637.048.057,47			1.324.117.877,30
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		37.407.100,00			37.407.100,00
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen		91.357,11			139.338,64
4. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	586.637.247,12				
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	600.750.685,88				
c) Übrige Ausleihungen	0,00	1.187.387.933,00			1.260.674.891,31
5. Einlagen bei Kreditinstituten		45.000.000,00			86.000.000,00
6. Andere Kapitalanlagen		0,00	2.906.934.447,58		0,00
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft			0,00		0,00
				2.986.764.879,05	2.852.576.903,33
C. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer		108.227,03			113.381,92
2. Versicherungsvermittler		0,00			0,00
3. Mitglieds- und Trägerunternehmen		0,00	108.227,03		0,00
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft			0,00		0,00
III. Eingefordertes, noch nicht eingezahltes Kapital			0,00		0,00
IV. Sonstige Forderungen			570.940,65		284.836,27
				679.167,68	398.218,19
D. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen und Vorräte			92.601,00		141.512,00
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			1.120.362,38		1.989.058,18
III. Andere Vermögensgegenstände			4.725.107,90		4.357.336,75
				5.938.071,28	6.487.906,93
E. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			25.254.159,46		26.022.402,77
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			1.599.747,14		1.806.457,39
				26.853.906,60	27.828.860,16
F. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag				0,00	0,00
Summe der Aktiva				3.021.441.412,61	2.888.477.393,61

Passivseite	EUR	EUR	EUR	Vorjahr EUR
A. Eigenkapital				
I. Eingefordertes Kapital				
Gezeichnetes Kapital		0,00		0,00
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen	0,00	0,00		0,00
II. Kapitalrücklage		0,00		0,00
III. Gewinnrücklagen				
1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG	141.894.759,06			110.416.884,32
2. Satzungsmäßige Rücklagen	0,00			0,00
3. Andere Gewinnrücklagen	0,00	141.894.759,06		0,00
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag		0,00		0,00
Ausgleichsposten aus dem Vorjahr		0,00		
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		0,00	141.894.759,06	110.416.884,32
Gesamtausgleichsposten		0,00	141.894.759,06	110.416.884,32
B. Genussrechtskapital			0,00	0,00
C. Nachrangige Verbindlichkeiten			0,00	0,00
D. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	0,00			
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00	0,00		0,00
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	2.866.560.789,00			2.760.422.108,00
a) Bruttobetrag laut versicherungsmathematischer Berechnung zum 31.12.2015	2.866.560.789,00			
b) zuzüglich Zuführung aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung 31.12.2015	0,00			
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00	2.866.560.789,00		0,00
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	6.033.017,07			5.515.852,48
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00	6.033.017,07		0,00
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	46.194,02			5.750.032,81
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00	46.194,02		0,00
V. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		0,00		0,00
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	0,00			0,00
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00	0,00		0,00
			2.872.640.000,09	2.771.687.993,29
E. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		5.322.831,46		4.425.127,61
II. Steuerrückstellungen		0,00		0,00
III. Sonstige Rückstellungen		213.500,00		257.440,22
			5.536.331,46	4.682.567,83
F. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			0,00	0,00
G. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber				
1. Versicherungsnehmern	284.016,07			262.392,08
2. Versicherungsvermittlern	0,00			0,00
3. Mitglieds- und Trägerunternehmen	0,00	284.016,07		0,00
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		0,00		0,00
III. Anleihen davon: konvertibel EUR 0,00		0,00		0,00
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		0,00		0,00
V. Sonstige Verbindlichkeiten		1.068.073,66		1.410.685,51
davon aus Steuern: EUR 302.564,61 (VJ EUR 430.997,17) im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 0,00 (VJ EUR 0,00)			1.352.089,73	1.673.077,59
H. Rechnungsabgrenzungsposten			18.232,27	16.870,58
Summe der Passiva			3.021.441.412,61	2.888.477.393,61

F. Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

Posten	EUR	EUR	EUR	Vorjahr EUR
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	80.324.147,53			78.127.734,86
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	0,00	80.324.147,53		0,00
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	0,00			0,00
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	0,00	0,00		0,00
			80.324.147,53	78.127.734,86
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			5.703.838,79	12.005.910,00
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 0,00 (VJ EUR 0,00)		2.692.441,73		832.803,29
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 0,00 (VJ EUR 0,00)				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	4.265.871,84			9.624.331,22
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	121.794.705,36	126.060.577,20		112.790.918,82
c) Erträge aus Zuschreibungen		0,00		0,00
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		2.004.199,24		8.395.730,47
			130.757.218,17	131.643.783,80
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			116.346,47	94.365,59
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	68.195.661,18			57.478.919,38
bb) Anteil der Rückversicherer	0,00	68.195.661,18		0,00
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	517.164,59			-777.149,52
bb) Anteil der Rückversicherer	0,00	517.164,59		0,00
			68.712.825,77	56.701.769,86
6. Veränderungen der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag	106.138.681,00			196.586.885,00
bb) Anteil der Rückversicherer	0,00	106.138.681,00		0,00
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		0,00		0,00
			106.138.681,00	196.586.885,00
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			0,00	1.086.335,73
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen	0,00			0,00
b) Verwaltungsaufwendungen	1.378.737,88	1.378.737,88		1.143.916,50
c) Davon ab: Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		0,00		0,00
			1.378.737,88	1.143.916,50



Posten	EUR	EUR	Vorjahr EUR
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	4.491.566,88		4.799.458,93
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	3.087.644,85		4.370.821,00
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	1.083.038,84		0,00
		8.662.250,57	9.170.279,93
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung		168.489,58	190.356,25
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung		31.840.566,16	-43.007.749,02
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge	47.144,03		227.744,12
2. Sonstige Aufwendungen	350.761,83		359.302,07
		-303.617,80	-131.557,95
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		31.536.948,36	-43.139.306,97
4. Außerordentliche Erträge	0,00		0,00
5. Außerordentliche Aufwendungen	0,00		0,00
6. Außerordentliches Ergebnis		0,00	0,00
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00		0,00
8. Sonstige Steuern	59.073,62		273.922,09
		59.073,62	273.922,09
9. Ausgleichsposten aus dem Vorjahr		0,00	0,00
10. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		31.477.874,74	-43.413.229,06
11. Entnahmen aus der Kapitalrücklage		0,00	0,00
12. Entnahmen aus Gewinnrücklagen			
a) aus der Verlustrücklage gemäß § 37 VAG	0,00		43.413.229,06
b) aus satzungsmäßigen Rücklagen	0,00		0,00
d) aus anderen Gewinnrücklagen	0,00		0,00
		0,00	43.413.229,06
13. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in die Verlustrücklage gemäß § 37 VAG	31.477.874,74		0,00
b) in satzungsmäßige Rücklagen	0,00		0,00
d) in andere Gewinnrücklagen	0,00		0,00
		31.477.874,74	0,00
14. Ausgleichsposten		0,00	0,00

G. Risikobericht und Ausblick

■■■ Voraussichtliche Entwicklung

Die voraussichtliche Entwicklung scheint sowohl kurz- als auch mittelfristig negativ. Anhaltspunkte, die auf eine signifikante Zinswende und Beendigung der Niedrigzinsphase hindeuten könnten, sind nicht ersichtlich.

Die Entwicklung der Aktienmärkte wird vor dem Hintergrund einer aktuell weiter instabilen weltpolitischen Lage und der Sorge um die wirtschaftliche Entwicklung Chinas sowie der immer noch latent vorhandenen europäischen Staatsschuldenproblematik allgemein volatil eingestuft. Die weiterhin hohe Nachfrage im Bereich der Immobilien sichert zunächst das hohe Preisniveau, was insbesondere die Entwicklung des Immobilienbestandes stabil hält. Spiegelbildlich bleiben die Renditen aber niedrig, so dass Neuanlagen zusehends schwieriger realisierbar sind. Einer weiteren Aufstockung der Immobilienanlage steht schließlich

die fast vollständige Ausschöpfung der Immobilienquote entgegen.

Im Bereich der Mitgliedschaft wird sich das Versorgungswerk einer bislang nicht gekannten Akzeptanzproblematik stellen müssen. Dynamisierungspotentiale sind auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung nicht erkennbar. Dem stehen im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung erhebliche Steigerungen der laufenden Rentenleistungen ebenso wie die Verbesserung der Rahmenbedingungen für einzelne Gruppen – wie z. B. langjährige Versicherte oder Mütter – gegenüber.

Alles in allem gestaltet sich damit das Umfeld des Versorgungswerkes sowohl in wirtschaftlicher Hinsicht als auch im Bereich des Versicherungsbetriebes zunehmend schwieriger.

■■■ Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Auf Grund der Verstetigung des Niedrig-, Null- und Negativzinses fällt das Zinsgeschäft bei Neu- und Wiederanlagen fast vollständig aus. Die rechnungsmäßigen Anforderungen können in diesem Bereich aktuell auch bei Inkaufnahme erhöhter Laufzeit-, Bonitäts- oder Strukturrisiken selbst in Kombination nicht mehr erreicht werden. Damit entfällt der bisher weitgehend risikolose und verwaltungsarme Kernbereich der Anlagen des Versorgungswerkes auf nicht absehbare Zeit vollständig.

Mit dem Zinsverfall sind die Renditeerwartungen für Immobilieninvestments gesunken. Dies hat in guten Lagen in der Regel zu erheblichen Preissteigerungen und im Allgemeinen zumindest zu einer festen Preisstabilität für Bestandsinvestments geführt. Für Neuanlagen bedeutet das gestiegene Preisniveau für

Immobilien demgemäß auch höhere Rückschlagsrisiken bei geringeren Renditechancen.

Unabhängig von der Frage der immer knapper werdenden Ausgewogenheit des jeweiligen Chance-Risiko-Verhältnisses bei Neuinvestitionen gilt es die aufsichtsrechtlichen Begrenzungen zu beachten, so dass die Immobilien schon aus diesem Grund kein unbegrenztes Substitut für den Ausfall des Rentengeschäfts sind. Allerdings erscheint es vor dem Hintergrund der regelmäßig aktuell für Bestandsimmobilien gegebenen Wertstabilität vertretbar, Fremdfinanzierungen durch Eigenkapital zu ersetzen, zumal in diesen Fällen das Immobilienrisiko nicht erhöht wird, während aber die Gesamtrisiken der Anlagen durch die Abkopplung von der zukünftigen Zinsentwicklung heruntergesetzt werden.



Auch die Aktienanlage gewährleistet auf Grund der aktuell stark ausgeprägten Volatilität und den gestiegenen geopolitischen und wirtschaftlichen Risiken keinen verlässlichen Ersatz für die wegbrechenden sicheren Erträge aus dem Bereich des Kreditgeschäfts. Vor dem Hintergrund des langfristigen Anlagehorizonts des Versorgungswerkes sowie der bestehenden Einschränkungen im Hinblick auf Anlagealternativen erscheint die Beibehaltung der derzeitigen Aktienquote gerechtfertigt.

Das Versorgungswerk hat bisher Anlageformen, die weitgehend illiquide sind, nicht verfolgt. Dies betrifft insbesondere Private-Equity- und Infrastrukturanlagen. Neben der eingeschränkten Veräußerbarkeit dieser Anlagen sind die hohen Aufsetzungs- und Prüfungskosten regelmäßig in dem von dem Versorgungswerk bislang ins Auge gefassten Anlagevolumen nicht darstellbar. Andererseits schmelzen die Anlageformen, in denen das Versorgungswerk überhaupt noch den rechnermäßigen Anforderungen entsprechen kann, immer weiter zusammen. Es wird deshalb unumgänglich sein, sich auch mit diesen Anlageformen auseinanderzusetzen.

Insofern ist allerdings zu beachten, dass bereits in der aktuellen Anlagestruktur die Risikokapitalquote weitgehend ausgeschöpft ist.

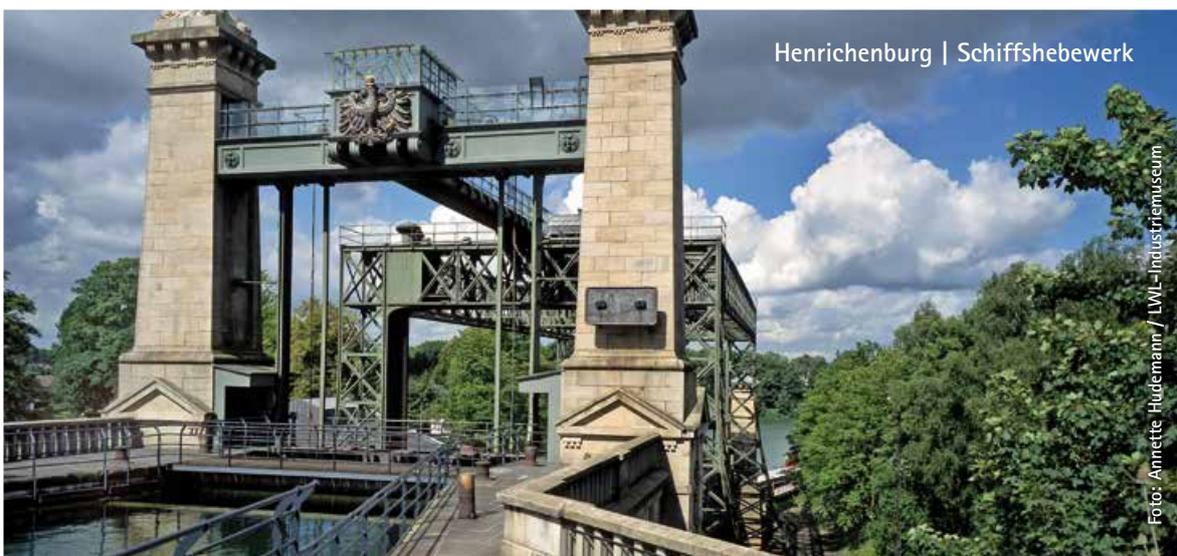
Darüber hinaus ist fraglich, ob künftig die für entsprechende Anlagen unerlässliche Sicherheitsrücklage weiter gestärkt werden kann.

Damit wird bei weiterem Anhalten der Niedrigzinsphase mit der immer schwieriger werdenden finanziellen Abdeckung zumindest mittelfristig auch das Anwartschafts- und Leistungsrecht zu überprüfen sein. Als denkbare Maßnahme kommt hier aber nicht nur eine erneute Anpassung der Höhe der Anwartschaften und Leistungen in Betracht. Zunächst bietet sich die Verschiebung der festen Altersgrenze bei Altersrenten – wie bereits in den meisten gängigen Versorgungssystemen geschehen – auf das 67. Lebensjahr an.

Zudem könnte auch die Einführung des offenen Deckungsplanverfahrens zusätzliche Möglichkeiten eröffnen.

Hier bleibt aber zu berücksichtigen, dass die Akzeptanz des Versorgungswerkes auch zukünftig gewahrt werden muss.

Alles in allem kann festgehalten werden, dass die wirtschaftlichen Chancen erneut erheblich zusammengeschmolzen sind, während wirtschaftliche wie strukturelle Risiken abermals angestiegen sind.





VERSORGUNGSWERK!

Zahnärztekammer Westfalen-Lippe
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Auf der Horst 26 – 30 | 48147 Münster | Telefon: 0251/507 – 0 | Telefax: 0251/507 – 419
E-Mail: versorgungswerk@zahnaerzte-wl.de | Postfach 8843 | 48047 Münster